

Mehr Studien, weniger Schlagworte!

Seine Ausführungen zum Thema Bevölkerungsentwicklung und Zukunftsgestaltung vor der Commission spéciale "Immigration" der Chamber teilte der "Mouvement Ecologique" in einem Presstext mit. Er fordert, die verschiedenen Diskussionsebenen über diese Themen zu einer Gesamtdiskussion zusammen zu führen. Eine Versachlichung der Debatte durch objektive Analysen und wissenschaftliche Studien und Szenarien sei wünschenswert.

Der Text des "Mouvement Ecologique" deutet an, dass ein 700.000-EinwohnerInnen-Szenario umweltverträglich sein könnte, vorausgesetzt, es würde politisch umgesteuert. Dem gegenüber hatte Pit Mischo, Präsident der Lëtzebuerger Natur- a Vulleschützliga, kurz nach Junckers Aussagen am Rententisch geschrieben: "Der Ausverkauf Luxemburgs hat also begonnen." Und weiter: "Zu keinem Zeitpunkt wurde die Diskussion geführt, was denn konkret der Zwang zu 4 oder 5% Wirtschaftswachstum, zu einer gesteigerten Grenzgänger- und Einwandererquote bedeutet." Seine Stellungnahme suggerierte, das Bevölkerungswachstum führe zwangsläufig zu einer massiven Umweltzerstörung. Doch auch der "Mouvement Ecologique" lässt es an deutlichen Worten fehlen. Es bleibt bei der vagen Aussage: "Die Diskussion über die Frage des 700.000-Einwohner-Staates birgt auch Chancen."

Krieg: OhnMacht der Medien

Als Folge der Terroranschläge vom 11. September befinden sich JournalistInnen auf der ganzen Welt im Mittelpunkt einer rasch fortschreitenden Krise. Das stellt die Internationale Vereinigung der Journalisten (IFJ) in einem am 23. Oktober erschienenen, 17-seitigen Bericht fest. Seit der "Kriegserklärung gegen den Terrorismus" der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten seien JournalistInnen sowohl "Opfer als auch Schlüsselfiguren" in der Berichterstattung geworden. Durch eine "Atmosphäre von Paranoia" seien grundsätzliche Bürgerrechte, besonders aber die Freiheit der Presse und das Gebot der Meinungsvielfalt "fragil und verletzlich" geworden. IFJ-JournalistInnen auf der ganzen Welt berichten von tendenziöser Berichterstattung, nicht selten auch von rassistischen, islamfeindlichen Aussagen verschiedener KommentatorInnen.

Besonders schwer haben es Schreiberlinge in den USA und England: Kritische Berichte etwa über Antikriegs-Aktionen sind dort mehrheitlich nicht erwünscht und werden deshalb oftmals gar nicht erst geschrieben. Der britische Nachrichtensender BBC bekommt eine Extra-Rüge: "BBC goes straight into 'Ministry of Information' mode, imagining (...) that it is holding the nation together in the face of a Nazi invasion."

Den Bericht in ganzer Länge gibt es unter www.ifj.org

Achtung, Denk-mail!

"Denk- und Mahnmale - Die Inszenierung der Vergangenheit" lautet das Dossier-Thema in der heute erscheinenden Nummer 211 der Zeitschrift forum (200 LUF). Zwar könnte man meinen, schreibt Michel Pauly im Vorwort, die Zeitgenossen gingen "gedankenlos an den zahlreichen Denkmälern, Gedenktafeln, Inschriften u. ä., die den öffentlichen Raum möblieren, vorbei." Doch die Affäre um die Gëlle Fra belehrt eines Besseren: "Wieso plötzlich das Geschrei, wenn eines dieser Denkmäler parodiert wird, um zur Besinnung über die Rolle der Frauen im Krieg aufzurufen?" Und warum werden ständig neue Monumente geplant und gebaut?

Neun Beiträge stellen die Kultur des Denkmals in verschiedenen Facetten dar. Dazu gehören ein Plädoyer für ein Hochofen-Monument und eine Studie der gesellschaftlichen Wirkung der Denkmäler in Düdelingen. Zwei Autoren vertreten die These, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht nur auf Gefühlsebene stattfinden sollte - also lieber ein Forschungszentrum über Hexenverfolgung als das 77. Mahnmal für die Opfer von ...? Neben dem Dossier finden sich zwei interessante Interviews. "Der Staub hat sich wie immer gelegt", sagt Lucien Thiel von der ABBL, und Ernest Backes, Autor von Révélation\$, meint: "Wir brauchen ein Observatorium der Parallelfinanz."

WELTHANDELSKONFERENZ

Politischer Autismus

Wenig Begeisterung für die 4. WTO-Regierungskonferenz in Katar: Lediglich der Grüne Jean Huss vertritt die Abgeordnetenkammer in der offiziellen Luxemburger Delegation.

(ergué) - Der sozialistische Europaabgeordnete Harlem Désir erntete ungewöhnlich viel Zuspruch für seinen Bericht über die Vorbereitung der 4. Regierungskonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), die am kommenden 9. November in Doha (Katar) beginnen soll. Dass 400 Abgeordnete den kritischen Anmerkungen Désirs zustimmen, wertet der Luxemburger Europaabgeordnete Claude Turmes als einen Punktsieg im Kampf gegen eine Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches der besonders in der südlichen Hemisphäre wenig geliebten WTO (siehe dazu auch unser Dossier in der vorigen Ausgabe). "Eine Woche vor der Seattle-Nachfolgekonferenz wächst die Zahl der KritikerInnen", so Turmes anlässlich einer Pressekonferenz, die er zusammen mit seinem Parteikollegen Jean Huss am vergangenen Montag abhielt. "Wenn die Parlamente gefragt werden, dann sind sie durchaus im Stande, auch kritische Töne von sich zu geben." Ähnlich ist es in Belgien, wo der Senat einer Ausweitung der WTO-Kompetenzen nur dann zustimmen will, wenn damit auch den Interessen einer nachhaltigen Entwicklung aller Länder Rechnung getragen wird. Mit anderen Worten: Einer hemmungslosen Liberalisierung muss Einhaltung geboten werden.

Diese Stimmen kontrastieren mit der offiziellen Position der EU-Kommission. Der Verhandlungsführer der 15 Mitglieds-

staaten, Kommissar Pascal Lamy, wird nicht müde, sich für eine Erweiterung der Zuständigkeiten der WTO zum Beispiel im Bereich ausländischer Direktinvestitionen, im öffentlichen Beschaffungswesen oder in der Biotechnologie auszusprechen. Damit vertritt er ziemlich genau die Position, die bereits 1999, anlässlich der 3. Regierungskonferenz in Seattle, zu einem Fiasko führte. "Das ist politischer Autismus", meint Turmes.

Die Entwicklungsländer verlangen demgegenüber als Erstes eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der Weltwirtschaft. Jüngste Statistiken zeigen, dass sich der Reichtum in Nord und Süd in den letzten Dekaden wieder auseinander entwickelt hat.

Reform statt Ausweitung

Die Grünen greifen dieser Bilanz vor und stellen schon jetzt "fünf Kernforderungen für ein faires Welthandelssystem" auf: Die WTO muss in Richtung einer UN-Organisation umdefiniert werden und somit den Entwicklungsländern gleiche Mitspracherechte einräumen. Die Politik der WTO muss ob ihrem eigentlichen Ziel, dem eines fairen Welt Handels und dem Abbau der weltweiten Armut, hinterfragt werden. Statt permanent nach einer Ausweitung der WTO zu schreien, sollen die Industrieländer endlich die bereits getroffenen Vereinbarungen mit den Entwicklungsländern - etwa hin-

une augmentation de la population au Luxembourg. Elles se greffent sur huit principes de base, dont les suivants: recourir d'abord sur les ressources déjà existantes sur le marché de l'emploi, avant de miser sur une immigration accrue; adapter le cadre législatif à la pratique d'une mobilité moderne; différencier entre immigration saisonnière, immigration temporaire et immigration d'établissement, tout en ouvrant des "passerelles" entre ces différentes voies; développer une réelle politique d'accueil et assurer un traitement équitable aux non-communautaires.

Si le papier esquisse ainsi le cadre d'une politique d'immigration misant sur l'ouverture, à l'exemple des orientations données par la Commission européenne, il revient cependant davantage sur les problèmes actuels concernant l'immigration et l'intégration. C'est d'ailleurs ce que font dans des documents plus succincts l'ASTI et le CLAE, également au rendez-vous vendredi dernier. Comme le disait Serge Kollwelter: "En résolvant les problèmes d'aujourd'hui, on se donne les moyens pour une politique d'immigration future."

Quid des élections nationales?

Une telle approche pragmatique a le mérite de soulever des problèmes concrets et de proposer des solutions appropriées. On reste cependant quelque peu sur sa faim en ce qui concerne une vision plus développée pour

sichtlich der Öffnung ihrer Märkte für Agrar- und Textilprodukte - einlösen. Damit Politik im Dienste der Allgemeinheit nicht zur Ware verkommt, soll die WTO internationalen Konventionen im Bereich der Sozial- und Umweltpolitik nachgeordnet werden. Als letzte, aber nicht unwesentlichste Forderung nennen die Grünen die demokratische Kontrolle der WTO.

Für Luxemburg stellt sich dabei die Frage, ob das Parlament überhaupt eine Kontrolle ausüben will. Im Vorfeld zur Doha-Konferenz hatte es keinerlei Aussprache im Plenum oder im außenpolitischen Ausschuss gegeben. Um der Kritik einer undemokratischen Vorgehensweise etwas entgegenzuwirken, hatte Außenministerin Lydie Polfer dem Parlament die Möglichkeit geboten, an der offiziellen Verhandlungsdelegation teilzunehmen. Der Andrang war enorm: Außer dem Grünen Jean Huss fand sich niemand, um die Reise ins entlegene Scheichtum anzutreten. Der arme Muck wird jetzt vor Ort auf Schritt und Tritt klarstellen müssen, dass er zwar im Tross der Außenministerin mitreist, deren Verhandlungsposition aber ganz und gar nicht akzeptieren mag: Jean Huss versteht sich nach einigen Worten denn auch eher als Beobachter und will seine Anwesenheit vor allem dazu nutzen, Kontakte mit VertreterInnen aus der Dritten Welt zu knüpfen.

IMMIGRATION

Les visions sont hors budget

Sans moyens financiers, pas de potentiel visionnaire - tel fut le message des ONG du domaine de l'immigration, qui devaient inspirer la commission parlementaire "immigration".

(rw) - Comment prévoir l'avenir lorsqu'on ne dispose pas de données sur la situation actuelle? C'est une des questions-clé que se pose la commission spéciale "immigration" du parlement. Et les entrevues avec les divers-es spécialistes et représentant-es d'ONG n'apportent qu'une réponse limitée. La semaine dernière, par exemple, les ONG, aussi bien du secteur de l'environnement que de l'immigration, renvoyaient sur le fait qu'elle ne disposent pas d'un soutien financier suffisant pour faire leur travail journalier, encore moins pour produire des études scientifiques.

Approche pragmatique

Cependant, avec le document présenté par Caritas et Sesopi lors d'une des séances de la semaine dernière, la commission dispose pour la première fois d'une analyse plus fouillée de l'immigration au Luxembourg. Ce document "d'information et de revendication", d'une vingtaine de pages, fournit non seulement une description structurée du phénomène, mais contient également une panoplie d'idées et de réflexions orientées vers

le Luxembourg de demain. Par exemple, la question des quotas en immigration est effleurée par Caritas et Sesopi, tandis que ASTI et CLAE ne l'évoquent pas. Retenons cependant que du côté de l'ASTI, on est en train de préparer un vaste débat pour l'année prochaine - en vue de sa préparation, l'ONG se déplacera, entre autres, à Breda, afin de pouvoir évaluer le système des cours d'intégration néerlandais.

Si les positions des différentes ONG se recoupent sur de nombreux points, il est intéressant de déceler dans leurs papiers des nuances sur des aspects plus controversés. Ainsi, en vue d'une distribution équitable des droits politiques parmi les différentes franges de la population, ASTI et CLAE revendiquent le droit de vote au niveau national - une revendication qui n'avait pas été formulée aussi clairement jusqu'ici. Le document Caritas/Sesopi par contre, s'il parle d'un "espace politique" à créer "où la citoyenneté serait indépendante de la communauté d'appartenance", limite ses propositions concrètes à l'extension du droit de vote communal.